

# Menschenrechte und Bodenrecht im Entwurf der Verfassungsänderung

Trần Văn Vinh

## Über Menschenrechte :

In der vietnamesischen Verfassung von 1992 wird der Fachbegriff « Menschenrechte » nur einmal erwähnt :

*« Artikel 50 : In der Sozialistischen Republik Vietnam werden politische, zivile, wirtschaftliche kulturellen und soziale Menschenrechte respektiert, und in Bürgerrechten, die in der Verfassung und in Gesetzen geregelt sind, ausgedrückt ».*

Eine leicht zu erkennende Änderung in dem neuen Verfassungsentwurf besteht darin, daß die Menschenrechte, die immer vor den « Staatsbürgerrechten » stehen, achtmal getrennt erwähnt werden. In einem Land, in dem die öffentlichen Massenmedien kaum über das Thema « Menschenrechte » sprechen und schreiben und damit der Begriff « Menschenrechte » häufig noch nicht ingenüos verstanden sowie zu Recht (richtig) anerkannt wird, ist dies wirklich ein kleiner Fortschritt, spät aber besser als nichts.

Eine weitere Änderung besteht darin, daß die « Staatsbürgerrechte » und « Menschenrechte » von Kapitel V (Verfassung von 1992) in Kapitel II (im neuen Verfassungsentwurf) verschoben werden. Im Grundgesetz, der deutschen Verfassung, sind die Menschenrechte an erster Stelle, im ersten Kapitel verankert; in der SR Vietnam ist das erste Kapitel der politischen Struktur vorbehalten. Das bedeutet, daß die Politik heilig ist und hervorgehoben wird.

Die beiden oben genannten Änderungen zeigen eine fortschrittliche Tendenz. D.h die Menschenrechte werden bereits geachtet. Doch um zu beurteilen, ob diese Änderungen wirklich gut für das vietnamesische Volk sind, müssen wir die einzelnen Regelungen anschauen.

## Ein unrealistisches Recht

Im Kapitel II des neuen Verfassungsentwurfs, wo « Menschenrechte, Grundrechte und Grundpflichten der Bürger » geregelt sind, lautet **Artikel 21** : *« Alle Menschen haben das Recht auf Leben »*. Das ähnelt der Regelung in Artikel 2 des deutschen Grundgesetzes « Jeder hat das Recht auf Leben ». Dies bedeutet einen wichtigen Inhalt : Im Strafgesetzbuch der BRD ist die Todesstrafe längst aufgehoben. Die Frage ist, ob der vietnamesische Staat und seine Gesetzgeber auch die Todesstrafe in der kommenden Zeit aufheben wollen ? Wenn ja, ist das wirklich eine sehr wichtige Änderung. Aber wenn die Regelung über die Todesstrafe in unserem StGB weiter erhalten würde, bedeutete es, daß das Recht auf Leben weiter verletzt würde. Man könnte die Schlußfolgerung ziehen, diese Regelung sei etwas Überflüssiges, eine Angeblichkeit, eines unter mehreren unrealistischen Rechten in der neuen Verfassung.

Ein neues Recht ist in **Artikel 35** des Verfassungsentwurfs angegeben: *« Alle Staatsbürger haben das Recht, dass ihnen Sozialversicherung gewährleistet wird ».*

(An dieser Stelle möchte ich etwas erklären: der Begriff „an sinh xã hội“ wird von Google in Deutsch als „Sozialversicherung“ übersetzt, in Englisch aber als „social security“; die gleiche Bezeichnung in Deutsch ist „die soziale Sicherheit“; die einen anderen Inhalt hat. Hier würde ich mich auf den Begriff „ Sozialversicherung“ beziehen).

Dieser Artikel entstand durch Änderung und Ergänzung des **Artikels 67** der Verfassung von 1992. Artikel 67 lautet : « *Verwundete Soldaten, kranke Soldaten, Familien der gefallenen Soldaten genießen die vom Staat begünstigte Politik. Verletzte Soldaten genießen Bedingungen zur Rehabilitation ihrer Arbeitsfähigkeit ; sie haben eine geeignete Arbeit entsprechend ihrer Gesundheit, ein beständiges Leben* ». Zusammengefasst: Bürger und Familien, die für den Staat einen Beitrag leisteten, werden prämiert und gepflegt. Alte Menschen, Invaliden, Waisenkinder werden vom Staat und der Gesellschaft unterstützt. D.h.

- Nur begrenzte besondere Gruppen, bestimmte Personenkreise werden erwähnt. Das sind verwundete und kranke Soldaten, Familien mit gefallenen Soldaten, Personen und Familien mit Leistungen für den Staat, alte Menschen, Invaliden und Waisenkinder.
- Es wird etwas allgemein versprochen, wie «... genießen begünstigte Politik ; Bedingungen werden geschaffen ; werden prämiert und gepflegt, werden vom Staat und der Gesellschaft unterstützt ».
- Nur einige Inhalte werden konkret erwähnt : eine geeignete Arbeit entsprechend der Gesundheit ; Rehabilitation ihrer Arbeitsfähigkeit; das gilt im Übrigen nur für verwundete Soldaten.

Im Vergleich mit **Artikel 67** der Verfassung 1992 macht der neue **Artikel 35** einen Sprung:

- Die Gewährleistung des Rechts auf Sozialversicherung gilt für alle Bürger.
- Es handelt sich nicht mehr um ein vages Versprechen sondern um ein gewährleistetes Recht auf Sozialversicherung.
- Die Inhalte, die gewährleistet werden, umfassen **alle Sozialversicherungen**.

Doch die Sozialversicherungen umfassen ein umfangreiches Gebiet : die Krankenversicherung, die Unfallversicherung, die Rentenversicherung, die Pflegeversicherung, die Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe usw... (In der BRD werden die Leistungen der Sozialversicherung entweder durch Beiträge ihrer Mitglieder zum jeweiligen Versicherungsträger oder durch Steuern finanziert). Infolge des bescheidenen Durchschnittseinkommens in Vietnam ist allein bei der Krankenversicherung nur ein Teil der Bevölkerung in der Lage, Beiträge freiwillig zu bezahlen. Es gibt bisher in Vietnam noch keine gesetzliche Versicherungspflicht für alle Bürger. Der Staat kann auch nicht viel Finanzmittel für die Sozialversicherung bereitstellen. In den vergangenen Jahren war die Sozialversicherung auf einen bestimmten Personenkreis mit schlichten Sozialleistungen begrenzt, aber sie ist nur in geringem Umfang geleistet worden. Man kann fragen: Woher kommt das Geld, um diese traumhafte Vorstellung in die Realität zu bringen? Der Satz «Alle Staatsbürger haben das Recht, dass ihnen Sozialversicherung gewährleistet wird » klingt gut. Aber wer, welche Organe oder Organisationen gewährleisten ? Oder wird eines Tages behauptet, daß die Bürger selber gewährleisten müssen ?. Deshalb meine ich, daß das Recht auf Gewährleistung der Sozialversicherung ein zielloses, unrealistisches Recht ist. Ein solches Recht, das so nicht ins Leben gehen kann, sollte man nicht in die neue Verfassung aufnehmen.

### **Einschränkungen der Menschenrechte**

Im neuen Verfassungsentwurf regelt **Artikel 15, Punkt 1** :

« *In der Sozialistischen Republik Vietnam werden Menschenrechte und Bürgerrechte vom Staat und von der Gesellschaft gemäß der Verfassung und der Gesetze anerkannt, respektiert, geschützt und gewährleistet.* »

Es gibt aber die Möglichkeit zur Einschränkung dieser Rechte, wie **Art.15, Punkt 2** besagt :

*« Menschenrechte und Bürgerrechte können **nur** in tatsächlich erforderlichen Fällen aus Gründen der Landesverteidigung, Staatssicherheit, sozialen Ordnung und Sicherheit, Moral und der Gesundheit der Gemeinschaft eingeschränkt werden ».*

Das ist eine neue rechtliche Initiative des Gesetzgebers. Das Wort « **nur** » macht den Eindruck, daß die Regelung solche Umstände, die die Menschenrechte und Bürgerrechte einschränken, begrenzt, um diese Rechte zu schützen. Die Folge ist jedoch das Gegenteil. In der Verfassung von 1992 war keine Regelung über die Einschränkung der Menschenrechte und Bürgerrechte. Jetzt wird sie im Entwurf angegeben. Diese Regelung scheint als eine Ergänzung, eine Verbesserung, kann aber als ein Rechtsgrund für die Regierung bei der Einschränkung der Menschenrechte und Bürgerrechte gesehen werden.

Denn die Liste der « *Gründe der Landesverteidigung, Staatssicherheit, sozialen Ordnung und Sicherheit, Moral und der Gesundheit der Gemeinschaft* » ist so umfangreich , daß sie sich fast über alle normalen Umstände erstreckt. Deshalb könnte die Regierung immer solche Gründe nennen, wo und wann, wenn sie will, um Menschenrechte und Bürgerrechte einzuschränken. Das Wort « **nur** » kann nicht den Umfang der Aktionen der Regierung beschränken. Es ist einfach ein raffinierter rechtlicher Trick, um die eigentliche Absicht zu tarnen.

Weiter noch : Die Regelung bestimmt, daß « Menschenrechte und Bürgerrechte... können eingeschränkt werden », bestimmt aber nicht deutlich, wer und welche Organe, welche Ebenen das Recht haben, einzuschränken. Die Regierungen verschiedener Ebenen haben dadurch die Gelegenheit, eigenmächtig in die Menschenrechte und Bürgerrechte einzugreifen.

### **Über das Volkseigentum an Grund und Boden**

Die Verfassung von 1946 erwähnte nicht den Grund und Boden. Die Verfassung von 1960 regelte, daß Brachländer dem Volkseigentum angehören. Die Verfassungen von 1980 und 1992 regelten, daß **aller Grund und Boden** zum **Volkseigentum** gehören. **Artikel 57** im neuen Verfassungsentwurf lautet:

*« Grund und Boden, Wasserressourcen und andere Naturressourcen, Ressourcen im Meer, am Kontinentalschelf, im Luftraum und andere Vermögen, die vom Staat investiert und verwaltet werden, sind öffentliches Eigentum, das zum Volkseigentum gehört, das vom Staat vertreten und einheitlich gemäß der gesetzlichen Bestimmungen verwaltet wird ».*

Volkseigentum bedeutet eigentlich, daß niemand das Eigentum besitzt. Mit dieser Regelung wird komischerweise das Eigentumsrecht des Volks im Namen des Volkseigentums weggenommen. Alle Grundstücke, die durch Arbeit, Austausch, Kauf und Erbschaft mit bestimmten Eigentümern gewonnen wurden, gehören niemand konkret.

Seit 1988, innerhalb von nur 25 Jahren, wurde das Bodengesetz in Vietnam dreimal in den Jahren 1988, 1993, 2003 neu erlassen und dreimal in den Jahren 1998, 2008, 2009 geändert und ergänzt. In diesem Jahr soll das Bodengesetz wieder geändert, ergänzt oder neu verfasst werden. Ich sehe diese Tatsache als anormal an.

Als Vertreter und Verwalter des Volkseigentums hat der Staat folgende Rechte :

- Grund und Boden anzubieten oder zu verpachten;
- Grund und Boden abzunehmen;
- den Preis für die Entschädigung selbst festzusetzen;
- Zwangsmaßnahmen zur Wegnahme des Grund und Bodens zu ergreifen.

Blicken wir in die Geschichte zurück : Um im Machtkampf in den 40er und 50er Jahren des 20. Jahrhunderts Millionen Bauern zu mobilisieren, hatte die kommunistische Partei Vietnams (KPV) den Slogan « Bauern müssen Ackerland haben » hochgehalten. Selbstverständlich bedeutet das Wort « haben » nicht nur, daß sie « das Nutzungsrecht haben », sondern « Grund und Boden besitzen ». Nach der Befreiung Nordvietnams im Jahr 1954, enteignete die KPV Grund und Boden von Großgrundbesitzern und verteilte ihn an die armen landlosen Bauern. Danach wurden bei der Bildung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) die Bauern zum Beitritt in die LPG aufgerufen, so daß sie ihre Felder an die LPG abgaben, um gemeinsam miteinander zu arbeiten. Und als die KPV die Macht in ganz Vietnam gewann, entschied sich die Parteiführung für die Verstaatlichung des Grund und Bodens unter der Rechtsform « Volkseigentum ». Wenn die Millionen Bauern gewusst hätten, daß sie letztlich Grund und Boden verlieren würden, hätten sie dies unterstützt?

Wenn der Staat und seine regierenden Beamten in der Lage wären, Grund und Boden unpartei-lich, vernünftig und gerecht zu benutzen und zu verwalten, könnte das Volkseigentum eine Reso-nanzstärke zum Aufbau des Landes bilden. Und die Bürger könnten sich selbst damit trösten, daß sie ein wenig ihren Vorteil opfern, um den Interessen der Kommune zu dienen, wobei auch sie und ihre Familien einen Anteil haben. Wenn jedoch leitende Beamten der Regierung korrupt sind, ver-ursacht das Volkseigentum an Grund und Boden nur noch Katastrophen. Dadurch können tau-sende Bauernfamilien ihr gesamtes Vermögen verlieren, durch die Korruption veranlaßt. Mit ihren Unterschriften beschaffen sich die selbsternannten « Diener des Volkes » in kurzer Zeit so viel Geld und Vermögen, wie es ein normaler Bürger durch seine wahre Arbeit im ganzen Leben nicht erträumen kann.

Die Bürger haben ein **Nutzungsrecht**, das ihnen vom Staat jederzeit « **in tatsächlich erforderlichen Fällen zur Landesverteidigung, Landessicherheit, im Interesse der Nation, der Öffentlichkeit und wirtschaftlicher sozialer Entwicklungsprojekte** » abgenommen werden kann (Art. 58, Punkt 3) Der Umfang solcher Fälle ist ebenso groß wie der der oben genannten Umstände, die zur Einschränkung der Menschenrechte und Bürgerrechte führen und kann jeder-zeit von korrupten Staatsbeamten für egoistische Interessen mißbraucht werden. Die Bürger erhalten eine Entschädigung « **gemäß gesetzlicher Bestimmungen** » (Art. 58, Punkt 3 im neuen Verfassungsentwurf). Aber der Entschädigungspreis wird oft willkürlich weit unter dem eigentlichen Marktpreis festgesetzt. Damit verlieren tausende Bauern ihren Felder. Sie stehen da mit leeren Händen. Natürlich sind sie mit der Entschädigungssumme nicht einverstanden. Sie haben keine andere Möglichkeit, als Beschwerden einzulegen bei den vorgesetzten vollziehenden Organen jener Organe, die die Entscheidung getroffen haben. Aber wer ist bereit, den armen Bauern zu helfen ? Welche Hilfe haben sie bisher erhalten ? Wieso beträgt nach der Information der zustän-digen Staatsorgane bisher der Anteil der Beschwerden Klagen in Bodenangelegenheiten an allen Beschwerden und Klagen 70 - 80 %?

Deshalb bin ich der Meinung : Es ist dringend, das Eigentum an die Bürger, vor allem an die Bauern zurückzugeben, einen Teil von Grund und Boden zu privatisieren. Die Frage nach dem Umfang und Objekten sollte von den zuständigen Organen und Experten Vietnams abgewogen werden. Es ist nicht einfach sondern schwierig, aber es muß durchgesetzt werden, und je früher, desto besser.

# Quyền con người và luật đất đai trong dự thảo sửa đổi hiến pháp 2013

Trần Văn Vinh

## Về quyền con người

Trong Hiến pháp 1992, thuật ngữ "quyền con người" chỉ được nhắc tới một lần, tại « **Điều 50:** Ở nước Cộng hoà xã hội chủ nghĩa Việt Nam, các quyền con người về chính trị, dân sự, kinh tế, văn hoá và xã hội được tôn trọng, thể hiện ở các quyền công dân và được quy định trong Hiến pháp và luật. »

Một thay đổi dễ nhận thấy trong dự thảo sửa đổi Hiến pháp 1992 là "quyền con người" được tách ra, được nhắc tới tám lần, luôn đi cạnh và được đặt trước quyền công dân. Trong một đất nước mà các phương tiện truyền thông đại chúng chỉ mấy khi nói, viết về chủ đề quyền con người và vì thế mà khái niệm «quyền con người» chưa được hiểu một cách thấu đáo cũng như chưa được nhìn nhận một cách đúng đắn, thì đây là một bước tiến, muộn màng nhưng có vẫn hơn không.

Một thay đổi nữa, là "quyền công dân" cùng "quyền con người" được đưa từ Chương V (trong Hiến pháp 1992) lên Chương II (trong Dự thảo sửa đổi Hiến pháp). Ở Cộng hòa Liên bang Đức, "quyền con người" được đặt trong Chương I của Luật cơ bản (Hiến pháp). Ở CHXHCN Việt Nam thì Chương I của Hiến pháp được dành cho "Chế độ chính trị". Điều đó có nghĩa rằng "Chính trị" là một cái gì đó thiêng liêng và rất được coi trọng.

Hai thay đổi vừa nói trên đã chỉ ra một xu hướng tiến bộ. Có nghĩa là, quyền con người đã được chú ý. Song, muốn biết liệu những thay đổi đó có thực sự tốt cho nhân dân Việt Nam hay không thì chúng ta phải xem xét những qui định riêng rẽ.

### Quyền phi thực tế

Trong chương II của dự thảo Hiến pháp, chỗ « quyền con người, quyền và nghĩa vụ cơ bản của công dân », Điều 21 ghi :

« Mọi người có quyền sống ». Điều này cũng giống với qui định ở Điều 2 trong Hiến pháp của nước CHLB Đức : « Mỗi người có quyền sống » (Jeder hat das Recht auf Leben). Điều này chứa đựng một nội dung quan trọng : trong Bộ luật Hình sự của nước CHLB Đức, án tử hình đã được bãi bỏ từ lâu. Câu hỏi ở đây là : có phải nhà nước Việt Nam có ý định xóa bỏ án tử hình trong thời gian tới ? Nếu đúng thế thì đây quả là một sự thay đổi quan trọng. Nhưng nếu như những qui định về án tử hình trong Bộ luật Hình sự của nước ta vẫn còn được giữ lại, có nghĩa là **quyền sống** sẽ tiếp tục bị xâm phạm. Điều đó dẫn đến một kết luận là : qui định trên là một sự thừa thãi, hữu danh vô thực, là một trong những quyền phi thực tế trong Dự thảo sửa đổi Hiến pháp.

Trong Dự thảo Hiến pháp mới, **một quyền** nữa được nêu ra :

**Điều 35 :** « Công dân có quyền được bảo đảm an sinh xã hội ».

(Ở đây tôi muốn giải thích tý chút: khái niệm „an sinh xã hội“ được Google dịch sang tiếng Đức là „bảo hiểm an sinh xã hội“ nhưng lại dịch sang tiếng Anh là „social security“; mà từ tương ứng trong tiếng Đức là „die soziale Sicherheit“= « sự an toàn, an ninh xã hội » mang nội dung khác. Ở đây tôi muốn chiếu theo khái niệm « bảo hiểm an sinh xã hội »).

Điều này xuất hiện qua việc sửa đổi và bổ sung **Điều 67** trong Hiến pháp 1992. Ở đó ghi là :

*"Thương binh, bệnh binh, gia đình liệt sĩ được hưởng các chính sách ưu đãi của Nhà nước. Thương binh được tạo điều kiện phục hồi chức năng lao động, có việc làm phù hợp với sức khỏe và có đời sống ổn định."* Nói tóm lại :

"Những người và gia đình có công với nước được khen thưởng, chăm sóc."

"Người già, người tàn tật, trẻ mồ côi không nơi nương tựa được Nhà nước và xã hội giúp đỡ."

Nghĩa là :

- Chỉ đề cập đến những đối tượng đặc biệt, một số người nhất định. Đó là thương binh, bệnh binh, gia đình liệt sĩ, những người và gia đình có công với nước, người già, người tàn tật, trẻ em mồ côi.
- Chỉ hứa hẹn một cách chung chung như « hưởng chính sách ưu đãi, được tạo điều kiện, được tặng thưởng và chăm sóc, được Nhà nước và xã hội giúp đỡ.
- Chỉ có ít nội dung được đề cập : phục hồi chức năng lao động, có công việc phù hợp với sức khỏe, và có đời sống ổn định, và điều đó cũng chỉ dành cho thương, bệnh binh.

Nếu so sánh với hiến pháp năm 1992, **Điều 35** của dự thảo Hiến pháp mới tạo nên một bước nhảy vọt đáng kể. Đó là :

- Áp dụng cho mọi công dân;
- Không chỉ là hứa hẹn mơ hồ mà nâng lên thành "quyền được bảo đảm";
- Nội dung "được bảo đảm" không chỉ dừng lại ở mấy nội dung cụ thể, mà bao trùm lên toàn bộ "an sinh xã hội".

Nhưng **an sinh xã hội** bao gồm cả lĩnh vực rộng lớn : bảo hiểm y tế, bảo hiểm tai nạn, bảo hiểm hưu trí, bảo hiểm chăm sóc khi về già, bảo hiểm thất nghiệp, trợ cấp thất nghiệp v.v... (Ở nước CHLB Đức, việc chi trả tiền bảo hiểm an sinh xã hội được thực hiện hoặc là nhờ đóng phí của các thành viên - người được bảo hiểm - đối với hãng bảo hiểm hoặc là nhờ tiền thuế. Nguồn : de.wikipedia). Do thu nhập bình quân ở Việt Nam còn khá khiêm tốn nên nói riêng về bảo hiểm y tế thôi, mới chỉ một bộ phận cư dân có điều kiện đóng góp phí bảo hiểm tự nguyện. Ở ta cũng chưa có qui định bắt buộc đóng phí bảo hiểm đối với tất cả mọi người. Nhà nước Việt Nam cũng không thể để ra nhiều phương tiện tài chính dành cho an sinh xã hội. Trong thời gian qua, mặc dù bảo hiểm an sinh xã hội chỉ gói gọn trong một bộ phận cư dân nhất định và mức chi trả rất khiêm tốn nhưng chúng ta vẫn chưa thể làm tốt được. Cho nên người ta có thể đặt câu hỏi là : tiền đến từ đâu để biến ý tưởng như mơ này trở thành hiện thực. Câu « có quyền được bảo hiểm an sinh xã hội » nghe thì hay đấy. Nhưng mà ai, cơ quan hay tổ chức nào sẽ bảo đảm. Hay một ngày nào đó người ta sẽ nói rằng người dân hãy tự bảo đảm lấy ? Cho nên tôi cho rằng « quyền được bảo đảm an sinh xã hội » là một quyền mù mờ, phi thực tế. Người ta không nên qui định trong hiến pháp những quyền như thế, khi chúng không thể đi vào cuộc sống.

## **Việc hạn chế quyền con người**

Trong dự thảo sửa đổi hiến pháp, **Điều 15, Mục 1** qui định :

*« Ở nước Cộng hòa xã hội chủ nghĩa Việt Nam, quyền con người, quyền công dân được Nhà nước và xã hội thừa nhận, tôn trọng, bảo vệ, bảo đảm theo Hiến pháp và pháp luật »*

Nhưng có khả năng những quyền đó sẽ bị hạn chế, như qui định trong **Điều 15, Mục 2** :

*« Quyền con người, quyền công dân chỉ có thể bị giới hạn trong trường hợp cần thiết vì lý do quốc phòng, an ninh quốc gia, trật tự, an toàn xã hội, đạo đức, sức khỏe của cộng đồng ».*

Đây là một sáng kiến pháp lý mới của các nhà lập pháp. Chữ „**chỉ**“ mang lại cảm tưởng là qui định đó chỉ giới hạn trong phạm vi những hoàn cảnh dẫn đến việc hạn chế quyền con người và quyền công dân nhằm bảo vệ những quyền đó. Nhưng kết quả thì ngược lại. Trong Hiến pháp năm 1992 không có qui định hạn chế quyền con người, quyền công dân. Bây giờ qui định này mới được đưa vào dự thảo như là một sự cải tiến, bổ sung, nhưng nó lại có thể được nhìn nhận như là một cơ sở pháp lý dành cho chính quyền trong việc hạn chế quyền con người, quyền công dân. Vì rằng danh mục *« vì lý do quốc phòng, an ninh quốc gia, trật tự, an toàn xã hội, đạo đức, sức khỏe của cộng đồng »* rộng lớn đến mức gần như bao trùm mọi hoàn cảnh thông thường. Cho nên khi muốn, chính quyền có thể nêu lên lý do ở bất cứ đâu, bất cứ lúc nào nhằm hạn chế quyền con người, quyền công dân.

Tiếp nữa: qui định nói rằng „quyền con người, quyền công dân... có thể bị hạn chế“ nhưng lại không ghi rõ ai, cơ quan nào, cấp nào có quyền hạn chế. Qua đó mà chính quyền các cấp có thể can thiệp độc đoán vào quyền con người, quyền công dân.

## **Về sở hữu toàn dân đối với đất đai**

Hiến pháp năm 1946 không hề đề cập đến ruộng đất. Hiến pháp năm 1960 qui định đất hoang thuộc sở hữu toàn dân. Hiến pháp năm 1980 và 1992 qui định tất cả ruộng đất thuộc sở hữu toàn dân.

**Điều 57** (sửa đổi, bổ sung Điều 17, Điều 18) :

*« Đất đai, tài nguyên nước, khoáng sản và tài nguyên thiên nhiên khác, nguồn lợi ở vùng biển, thềm lục địa, vùng trời và các tài sản khác do Nhà nước đầu tư, quản lý là tài sản công thuộc sở hữu toàn dân do Nhà nước đại diện chủ sở hữu và thống nhất quản lý theo qui định của pháp luật ».*

Tôi cho rằng sở hữu toàn dân nghĩa là chẳng có ai sở hữu cả. Hải hước là với qui định này, quyền sở hữu của nhân dân bị tước đoạt nhân danh sở hữu toàn dân. Những mảnh đất vốn dĩ có chủ, được khai hoang, được trao đổi, mua bán, hay được thừa kế hợp pháp từ bao đời, nay bỗng nhiên trở thành vô chủ.

Chỉ trong vòng 25 năm, từ năm 1988 đến nay, Luật Đất đai đã được soạn thảo làm mới 3 lần vào các năm 1988, 1993, 2003, sửa đổi, bổ sung 3 lần vào các năm 1998, 2008, 2009, năm nay lại sẽ được làm mới nữa. Tôi thấy ở đây có gì đó không bình thường.

Là đại diện và là người quản lý sở hữu toàn dân về đất đai, trong thực tế, Nhà nước có các quyền sau :

- Chuyển giao đất hay cho thuê đất ;
- Thu hồi (hay trưng dụng) đất ;

- Quyết định giá đền bù đất ;
- Dùng biện pháp cưỡng chế để thu hồi đất.

Nếu nhìn lại quá khứ thì : trong năm 40 và 50 của thế kỷ 20, trong cuộc đấu tranh giành quyền lực, đảng CSVN giương cao ngọn cờ « người cày có ruộng » để huy động sức mạnh và ủng hộ của hàng triệu nông dân. Dĩ nhiên từ « có » không chỉ mang nghĩa « có quyền sử dụng » mà bao gồm cả « quyền chiếm hữu đất đai ». Sau ngày miền Bắc được giải phóng năm 1954, đảng CSVN đã tước đoạt ruộng đất của tầng lớp địa chủ đem chia cho nông dân nghèo. Trong phong trào xây dựng hợp tác xã nông nghiệp diễn ra sau đó, nông dân đã được kêu gọi gia nhập hợp tác xã, rồi nông dân góp ruộng đất vào hợp tác xã để cùng làm ăn tập thể. Khi ĐCSVN đã dành được chính quyền trên cả nước, lãnh đạo đảng liền quyết định công hữu hóa toàn bộ ruộng đất dưới danh nghĩa « sở hữu toàn dân ». Nếu như trước đây hàng triệu nông dân biết rằng rốt cuộc, ruộng đất của họ sẽ bị mất, liệu rằng họ có giúp đỡ cho Đảng hay không ?

Khi chính quyền và các cán bộ có thẩm quyền từ tế, có khả năng sử dụng đất đai một cách vô tư, hợp lý và công bằng, thì sở hữu toàn dân về đất đai có thể tạo ra một sức mạnh to lớn để xây dựng đất nước. Và người dân có thể tự an ủi rằng mình hy sinh bớt lợi ích cá nhân để phục vụ lợi ích cộng đồng, trong đó có cả bản thân và gia đình mình. Nhưng khi quan chức tham nhũng thì sở hữu toàn dân về đất đai gây ra đại họa. Nó không chỉ làm cho người dân mất sạch tài sản, trở nên trắng tay mà còn tạo điều kiện cho tham nhũng sinh sôi nảy nở.

Bằng chữ ký của mình, chỉ trong một thời gian ngắn, những kẻ tự xưng là "công bộc" của dân đã có thể tạo ra cả đồng tiền của, mà một người lao động chân chính làm việc suốt đời cũng không dám mơ tới.

Người dân có quyền sử dụng đất, nhưng quyền đó có thể bị Nhà nước thu hồi « **trong trường hợp thật cần thiết vì lý do quốc phòng, an ninh hoặc vì lợi ích quốc gia, lợi ích công cộng và các dự án phát triển kinh tế-xã hội** » (Điều 58, Mục 3). Nhưng phạm vi của những trường hợp này cũng mờ mờ y như những hoàn cảnh dẫn đến việc hạn chế quyền con người, quyền công dân nói trên, có thể bị các quan tham lợi dụng cho những lợi ích cá nhân ích kỷ.

Người dân có **quyền nhận tiền đền bù « theo qui định của pháp luật »** (Điều 58, Mục 3 Dự thảo sửa đổi Hiến pháp). Thế nhưng giá đền bù đất lại chỉ được quan chức chính quyền ấn định một cách độc đoán, thường thấp hơn nhiều so với giá thị trường. Vì thế mà hàng nghìn hộ nông dân bị mất ruộng đất. Họ chỉ còn lại hai bàn tay trắng. Tất nhiên họ không đồng ý với mức đền bù. Cho nên họ chẳng còn cách gì, lối thoát nào hơn là đâm đơn khiếu nại ở chính quyền hành pháp và quan chức cấp cao hơn. Nhưng đã có ai sẵn lòng giúp đỡ người dân chưa? Người dân đã nhận được sự giúp đỡ nào?. Vì sao theo báo cáo của cơ quan có thẩm quyền, trong những năm qua, số đơn khiếu kiện về đất đai chiếm tới 70-80% toàn bộ đơn khiếu kiện ?

Vì vậy tôi cho rằng, bây giờ là thời điểm cấp bách cần trả lại quyền sở hữu đất đai cho người dân, trước hết là cho nông dân, cần tư hữu hóa một phần ruộng đất. Vấn đề khuôn khổ và đối tượng của chính sách này sẽ được các cơ quan nhà nước có thẩm quyền và các chuyên gia cân nhắc. Việc này không hề đơn giản mà là cực kỳ khó khăn nhưng nhất định phải làm, và làm càng sớm càng tốt.